

Sozialdemokratie im Übergang

Autor(en): **Herczog, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **78 (2000)**

Heft 1

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341518>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sozialdemokratie im Übergang

Noch vor einem Jahr sah alles ziemlich rosig aus: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hatte in einem zukunfts-trächtigen Bündnis mit der Leistungsab-hängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und der Finanzierung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs (Finöv) zwei historische Abstimmungssiege errungen; gleichzeitig wiesen Lafontaine und Schröder – nach langen sechzehn Jahren – endlich Kohl und seine CDU aus der Regierung; die EU war mehrheitlich sozialde-mokratisch; Joschka Fischer wurde deut-scher Aussen-, Otto Schily Innenminister, Pinochet wurde in Tony Blairs England verhaftet.

Andreas Herczog

Nichts war mehr, wie es früher war (oder wahr war); die einstigen Klarheiten – ins-besondere die Feinde – haben sich ver-flüchtigt; geblieben ist die kreative Un-übersichtlichkeit. Der Fall der Mauer und der Sowjetunion sowie die neoliberale Erweckungsgemeinde in Politik und Wirt-schaft führten das real existierende West-europa nicht in die kapitalistische Frei-heit mit weniger Staat, sondern schnur-stracks in mehrheitlich sozialdemokra-tisch beherrschte Länder.

Etwas mehr als zwölf Monate später ist die Happy-Hour-Stimmung verfliegen: Rot-Grün beteiligte sich am Krieg auf dem Balkan, Lafontaine warf das Handtuch, in den bundesdeutschen Ländern und Ge-meinden bröckeln die SP-Bastionen, die Bastion der österreichischen SP zerfällt nach über neunundzwanzig Jahren, und die Rechtsnationalisten ziehen in die Re-gierung ein; die Linke ist ohne Kopf, die

Modernisierer sind angeschlagen, die Ba-sis verschnupft («ihr da oben – wir da unten») und die Traditionalisten abge-löscht.

Bei den Nationalratswahlen wurde die SVP schweizweit gleich stark wie die SP; sie wurde im Gegensatz zur SP vorab für ihre politischen Themen gewählt – was erschrecken muss. Die Jungen zwischen 18 und 39 wählten mehrheitlich SVP; die SVP ist klar Mehrheitspartei bei den nied-rigen Einkommen (übrigens auch bei den obersten) und die SP bei den eher höheren Einkommen (aktuell ist die SP in der Stadt Zürich die stärkste Partei im Kreis 7, tra-ditionell früher freisinnig – hingegen ist die SVP im Kreis 9 stärkste Partei, früher traditionell sozialdemokratisch). Die SP hat gesamtschweizerisch zwar nicht ver-lore, aber angesichts der Ausgangslage und des vorhandenen Polarisierungsbo-nus zuwenig erreicht.

Trotz der letztlich nicht unkomfortablen Ausgangslage für die SP waren wir kanton-al, städtisch und schweizerisch zuwenig mit den entscheidenden politischen The-men – die letztlich die Kompetenz der SP ausmachen – präsent. Wieder einmal wa-ren wir zuwenig in der Lage, die Stamm-wählerschaft optimal zu mobilisieren, ins-besondere sind wir bei den Jungen zuwe-nig zugkräftig. Letztlich profitierten wir – auf allen Ebenen – vor allem vom Polari-sierungs- und – gemäss gewisser Werbeab-sichten – vom Sympathiebonus. Obwohl die eigentlichen Wahlen kantonal statt-finden, kann keine Themensetzung und Stimmvorgabe allein vor Ort definiert werde; hierzu braucht es gewissermassen einen nationalen Teppich – der hat ge-fehlt.

Noch vor einem Jahr standen wir als Sieger da: die Leistungsabhängige Schwerkverkehrsabgabe und die Finöv-Vorlage wurden in der Volksabstimmung klar angenommen; dieser Sieg war nicht lediglich ein verkehrstechnischer Erfolg, sondern ein Sieg jener Kräfte, die keinen Rechts-Isolationismus zulassen wollten und auch zum ersten Mal einer ökologischen Steuerreform zustimmten. Hier hätten wir thematisch und bündnispolitisch ansetzen müssen. Von unserer Seite kam jedoch nichts, weder in der Asylfrage noch in der Arbeitsplatzfrage, obwohl wir klare Vorstellungen etwa zu neuen Arbeitszeitmodellen haben, die haargenau auch den Interessen z.B. der NeuwählerInnen entsprechen.

Heute kommt auf Bundesebene die Opposition von rechts. Die SP ist seit längerer Zeit nicht mehr Juniorpartnerin in der Regierung, sondern mit Schlüsseldossiers an entscheidender Position; die Jungen neigen aber bekanntlich zur Opposition, und da aktuell die Opposition von rechts kommt, sind die Jungen gegenwärtig tendenziell eher rechts – aber auch weil wir zu wenig machen

Wir haben ein weiteres Problem praktisch auf allen Ebenen: fehlende Top-Leute, die für die WählerInnen sowohl die Partei repräsentieren als auch in Majorzwahlen wählbar sind, und es fehlt insbesondere die geplante Kaderförderung. Wir haben beispielsweise national etliche sehr gute Frauen und Männer, die das politische Handwerk beherrschen, aber Top-Leute, die neben der Parteipräsidentin Ursula Koch und dem Fraktionspräsidenten Franco Cavalli ebenfalls öffentlich in Erscheinung treten können, haben wir deutlich zu wenig.

Die Zwischen-Wahl-Zeit gibt uns immerhin die Gelegenheit, ganz einfache analytische Fragen zu stellen und zu beantworten: Wo stehen wir? Wo wollen wir hin?

Und insbesondere: Wie kommen wir dorthin? Hier ist weder Ideologie noch Opportunität gefragt, sondern Umsetzbarkeit.

Die weltweite Öffnung der Märkte mit der Konzentration von Konzernen wurde nicht zum Urquell von üppigem Wohlstand und von wachsender marktwirtschaftlicher Konkurrenz (zur Freude der Konsumentinnen und Konsumenten). Im Gegenteil, das Fusionskarussell brachte hohe Arbeitslosigkeit, steigende soziale Ungerechtigkeit, Verschleuderung ökologischer Ressourcen und letztlich Oligopole statt Monopole; mit anderen Worten, die drohende «Abschaffung des Marktes durch seine Anhänger», wie der Berner Professor Sieber es ausdrückt.

Oskar Lafontaine und Christa Müller forderten vor den Bundestagswahlen im Herbst 1998 einen «internationalen Ordnungsrahmen». Sie verlangten eine internationale Zusammenarbeit bei:

- einer Stabilisierung der Wechselkurse
- einer stabilitätsorientierten und zugleich wachstumsorientierten Zinspolitik
- einer konjunkturgerechten und beschäftigungsorientierten Budgetpolitik
- einer fairen Steuerpolitik
- einer gemeinsamen Technologiepolitik
- einer internationalen Sozialcharta
- einem Programm gegen globale Umweltzerstörung
- einer nachhaltigen Stärkung der Binnennachfrage.¹

Das politische Hauptthema – nicht nur in der Schweiz – ist nach wie vor die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen; wir benötigen ein dauerhaftes und ökologisch nachhaltiges Wirtschaftswachstum: Dies führt zu Beschäftigung und konsolidierten Staatsfinanzen, die wir wiederum

¹ Lafontaine, O., Müller, Chr.: Keine Angst vor der Globalisierung, Bonn 1998.

**Das politische
Hauptthema ist
noch immer
Sicherung und
Schaffung von
Arbeitsplätzen.**

zur Absicherung der Sozialwerke benötigen und nicht zur Steuerreduktion, wie dies marktradikale bürgerliche Politiker verlangen. Nur höhere Löhne und Renten erlauben durch Mehrkonsum die Binnenwirtschaft wieder halbwegs in Gang zu bringen. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist auch die Voraussetzung für den vermehrten Einsatz von neuen Technologien; Innovationsmüdigkeit ist eine üble Konsequenz der langjährigen Rezession – und nicht die «Heimatmüdigkeit», wie SVP-Plakate uns weismachen möchten.

Weiter muss die Politik die ökologische Steuerreform durchsetzen: nicht die Arbeit, sondern die Ressourcenverschwendung muss besteuert werden; eine erste derartige Steuer wurde mit der LSVA erfolgreich in der eidgenössischen Volksabstimmung im September 1998 beschlossen: Die Einführung der LSVA bewirkt, dass die Umlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene gefördert wird. Die ökologische Steuerreform hat auch den Vorteil, dass durch die Umschichtung der Abgaben die Finanzierung der Sozialwerke von den Löhnen der Beschäftigten getrennt wird.

In den heutigen Zeiten der Deregulierung und der Liberalisierung, das heisst in Zeiten, wo ehemalige Staatsbetriebe – Post, Telefon, Elektrizität, Bahn – «in den freien Markt entlassen werden», erhält der Service public zunehmende politische Bedeutung, insbesondere auch wegen der veränderten Rolle des Staates. Service public heisst dabei Garantierung einer flächendeckenden Grundversorgung, also nicht nur an lukrativen zentralen Lagen; Sicherung und regional ausgewogene Verteilung der Arbeitsplätze und nicht zuletzt Tarife, die sowohl konsumentenfreundlich als auch ökologisch begründbar sind (z.B. bei den Energiepreisen). Mit anderen Worten: Bei der Öffnung bisher geschützter Marktsektoren ist der

soziale Flankenschutz eines sozial reregulierenden Staates unerlässlich.

Im heute (noch mehrheitlich) sozialdemokratisch regierten Europa dürfte das Thema (Voll-)Beschäftigung zum Kerngeschäft zählen; nicht erstaunlich deshalb, dass die französische Regierung dafür gesorgt hat, dass die (Voll-)Beschäftigung zu einem zentralen europäischen Thema der Politik wurde – auch innenpolitisch mit Erfolg, wenn wir die Resultate der letzten Europaparlaments-Wahlen betrachten.

Wie eine neue Forschungsarbeit zweier Zürcher Psychologiestudenten zeigt, ist die grösste Sorge der Jugendlichen in der Stadt Zürich heute die Arbeitslosigkeit. Oberstufenschülerinnen und -schüler haben Angst, keine Lehrstelle zu finden. Die SP muss auf diese Ängste reagieren und in nützlicher Frist nützliche Konzepte für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sowie für Bildung und Ausbildung vorlegen.

Insgesamt sind die Aufgaben der SP in der näheren Zukunft:

1. Themenführerschaft wiedererlangen und gewissermassen im permanenten Wahlkampf auch behalten;
2. diese Themen zugespitzt «verkaufen» – nach dem Motto «tue Gutes und sprich darüber»;
3. die Interessen der Stammwählerschaft nicht vergessen und unsere Kompetenz auch mit der «näher zu den Leuten»-Methode und nicht nur aus gouvernementaler Ferne vermitteln;
4. Junge und NeuwählerInnen speziell ansprechen;
5. mittel- und langfristige ausgerichtete Kaderpolitik betreiben und majorzfähig werden.

Andreas Herczog war von 1979–1999 Nationalrat der SP und arbeitet als Architekt und Raumplaner in Zürich.